

---

**679/AB XXII. GP**

---

**Eingelangt am 08.09.2003**

**Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.**

BM FÜR FINANZEN

## **Anfragebeantwortung**

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage vom 8. Juli 2003, Nr. 601/J der Abgeordneten Riepl, Königsberger-Ludwig, Heinisch-Hosek und Kollegen, betreffend Lehrlingsausbildung im Bundesministerium für Finanzen, beehre ich mich Folgendes mitzuteilen:

Ich möchte klarstellen, dass ich die Lehrlingsausbildung für äußerst wichtig erachte, was sich nicht zuletzt in der Schaffung der Lehrlingsprämie in Höhe von € 1000,- pro Kopf und Jahr zeigt. Diese Prämie hat bereits dazu geführt, dass erstmals seit 3 Jahren wieder eine Steigerung bei den Lehrverhältnissen zu verzeichnen ist. Es sei aber festgehalten, dass auch die Nachhaltigkeit einer Ausbildung in Form der Übernahme des Ausgebildeten in ein Dienstverhältnis nicht außer Acht gelassen werden darf, da ansonst das Problem der Jugendarbeitslosigkeit nur zeitlich hinausgeschoben, das Grundproblem aber nicht gelöst wird.

Zu 1., 2. und 5.:

Derzeit werden im Ressortbereich des Bundesministeriums für Finanzen keine Lehrlinge ausgebildet. Somit besteht auch keine Möglichkeit, in den Folgejahren Lehrlinge zu übernehmen.

Zu 3. und 7.:

Bis zum Stichtag 21. Juli 2003 sind im Bundesministerium für Finanzen 19 Bewerbungen eingelangt. Auf Grund des mit dem BFG 2003 beschlossenen Stellenplanes ist eine Aufnahme von Lehrlingen im Herbst 2003 nicht möglich.

Zu 4.:

Im Finanzressort wurden im 1. Turnus von 1997 bis 2001 26 Lehrlinge und im 2. Turnus von 1998 bis 2002 18 Lehrlinge für die Ausbildung als Verwaltungsassistent/in aufgenommen und in den Folgejahren bis zum Abschluss der Lehrlingsausbildung weitergeführt. Von diesen 44 Lehrlingen waren 32 weiblichen und 12 männlichen Geschlechts.

Zu 6.:

Im Jahre 2001 wurden 3 weibliche Absolventinnen und 1 männlicher Absolvent in ein Dienstverhältnis zum BMF übernommen; im Jahr 2002 waren es 8 weibliche und 3 männliche Absolventen, die übernommen wurden.

Zu 8. und 9.:

Diese Bundesregierung ist sich sehr wohl ihrer Verantwortung für die Beschäftigung der Jugend bewusst. Dieses Verantwortungsbewusstsein äußert sich aber darin, dass die laufenden Strukturmaßnahmen in der Verwaltung gerade jetzt nicht aufgeweicht werden dürfen, um die Zukunft unserer Jugend durch eine hohe Staatsverschuldung nicht zu gefährden. Viel zielführender erachte ich es, durch gezielte Maßnahmen den Wirt-

Schaftsstandort Österreich noch attraktiver zu machen, da nur florierende und wirtschaftlich gesunde Unternehmen eine ausreichende Anzahl von Lehrstellen für Jugendliche zur Verfügung stellen können.